

Bezugspreis:
Stettin, 20. Juli. (WIB.) Nach einer Mitteilung des Reuterschen Bureaus wird in einer englischen Note an die Pariser Regierung als Zeitpunkt für den Zusammenritt des Obersten Rates der 28. Juli vorgeschlagen. Die Konferenz soll in Boulogne abgehalten werden.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-51

Donnerstag, den 21. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-51

Anzeigenpreis:
Die schmalsteins Kompartimente kosten 500 M. „Kleine Anzeigen“ das letzte Heft 1,50 M. (jeweils zwei letzte Heft 1,50 M.) jedes weitere Heft 1.- M. (jeweils zwei weitere Heft 1.- M.) jedes weitere Heft 50 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 2.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Einrückungsgebühr.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro des Vorwärts-Verlages, Moritzplatz 11753-51, abgegeben werden. Bestellungen 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

England drängt zur Entscheidung.

London, 20. Juli. (WIB.) Nach einer Mitteilung des Reuterschen Bureaus wird in einer englischen Note an die Pariser Regierung als Zeitpunkt für den Zusammenritt des Obersten Rates der 28. Juli vorgeschlagen. Die Konferenz soll in Boulogne abgehalten werden.

Paris, 20. Juli. (WIB.) Die Havasagentur teilt mit, die französische Regierung sei noch nicht im Besitze der englischen Antwort auf die französische Note vom 15. Juli über Oberschlesien. In dessen habe der französische Botschafter in London, Graf de St. Aulaire gestern eine Besprechung mit Lord Curzon gehabt, aus der hervorgehe, daß Foreign Office auf der Einkerzung des Obersten Rates in Boulogne Ende des Monats, und zwar ohne vorangehende Sachverständigen-Konferenz, bestehe.

Scharfer Druck auf Frankreich.

London, 20. Juli. (WIB.) Reuter erfährt, daß heute von Sir Harold Stuart, dem englischen Botschafter in Oberschlesien, Telegramme eingegangen seien, in denen festgestellt wird, daß die allgemeine Meinung der alliierten Kommissare dahingehet, daß jeder weitere Aufschub der Regelung in Oberschlesien eine sehr gefährliche Lage schaffen werde. Die Kommissare drängen auf baldige Entscheidung und regen eine sofortige Teilung zwisch Deutschland und Polen an. Die Kommissare seien überzeugt, daß, wenn einmal eine endgültige Entscheidung erreicht sei, das Volk sich beruhigen werde.

Lord Curzon übt einen sehr scharfen Druck auf den französischen Botschafter aus. Es sei unmöglich, die gegenwärtige Verzögerung weiter fortzusetzen. Es habe immer gegolten, daß Frankreich nach dem 15. Juli für die Teilnahme an der Konferenz frei sein werde. Es werde nunmehr vorgeschlagen, daß die Zusammenkunft des Obersten Rates am oder vor dem 28. Juli in Boulogne stattfinden. Der gegenwärtige Augenblick sei günstig, da die oberschlesische Bevölkerung mit der Einbringung der Ernte beschäftigt und das Land vollkommen ruhig sei.

Oberschlesien und Amerika.

Paris, 20. Juli. (WIB.) „Le Temps“, der in seinem heutigen Leitartikel Frankreich gegen den Vorwurf verwahrt, als wolle es systematisch den Zusammenritt des Obersten Rates verzögern, während der Friede Europas vielleicht in Gefahr komme, wenn das oberschlesische Problem nicht baldigst gelöst werde, sagt, der Vertrag von Versailles sei fest, daß die zukünftige Grenze Oberschlesiens durch die alliierten und assoziierten Großmächte festgelegt werden müsse. Diese Formel bedeute unbestreitbar, daß die Vereinigten Staaten an der Entscheidung teilnehmen müßten. Bergeschick werde man betonen, die Vereinigten Staaten hätten den Versailler Vertrag nicht ratifiziert, es bleibe trotzdem wahr, daß die Entente und Deutschland sich gegenseitig verpflichtet hätten und zwar durch eine Stipulation, die das Eingreifen der Vereinigten Staaten erfordere, um das Schicksal Oberschlesiens zu regeln. Das Blatt hält die Projektur einer Tagung des Obersten Rates nicht für geeignet, um Frankreichs Mitwirkung zu erzielen. Man könne die Angelegenheit im Gegenteil nur auf normale diplomatischem Wege, also durch Vermittelung der Botschafter behandeln. Wenn man eine sofortige Einkerzung des Obersten Rates und eine prompte

Regelung des oberschlesischen Problems verlange, so sei das nicht dieselbe Sache. Das Blatt ist nicht der Ansicht, daß der Oberste Rat diese Lösung bringen werde und erklärt, nicht um die Sache hinauszuschieben, sondern um sie zu beschleunigen, verlange es eine neue Diskussionsmethode.

Deutschenhilfe für Oberschlesien.

Breslau, 20. Juli. (WIB.) Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, für die Beamten, Geistlichen, Kirchenbeamten und Lehrpersonen in Oberschlesien in Anbetracht ihrer besonderen Notlage und Gefährdung unter Erweiterung der bisherigen Fürsorgebestimmungen für jeden Schaden an der gesamten zu ihrem Haushalt gehörigen Habe, der seit dem 11. Februar 1920 durch Aufruf und Unruhen entstanden ist oder künftig entstehen wird, vollen Ersatz zum gegenwärtigen Anschaffungswert zu gewähren. Bei Körperschäden der genannten Personen und ihrer Familienangehörigen wird voller Ersatz aller zur Herstellung der Gesundheit erforderlichen Aufwendungen gewährt.

Dominions und Abrüstungskonferenz.

London, 20. Juli. (WIB.) Wie die „Times“ aus New York melden, richtete der Oberste House von London aus ein Telegramm an den „Philadelphia Public Ledger“, in dem er unter anderem sagt, er würde es begrüßen, wenn auf der Washingtoner Konferenz auch die Premierminister sämtlicher Dominions anwesend wären, denn die Dominions und die Amerikaner verständen einander weit besser als die Amerikaner und die Engländer. Ferner heißt es in dem Telegramm, über die Einschränkung der Seerüstungen sei ein Einverständnis wahrscheinlicher als über die des Landheeres. Solange Rußland und Deutschland außerhalb des Völkerbundes ständen und nicht an der Abrüstungskonferenz teilnahmen, sei es schwer zu ersehen, wie Frankreich einer ansehnlichen Verminderung seines Heeres zustimmen könne. Wenn die Washingtoner Konferenz auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege zum Frieden bedeute, könne sie noch nicht vollkommen die Bedürfnisse der Welt befriedigen, früher oder später müßten sich alle Nationen gemeinsam verständigen.

Die englische Reichskonferenz in London beschäftigte sich in einer ihrer letzten Sitzungen mit der bevorstehenden Abrüstungskonferenz. Es wurde angedeutet, daß die Vereinigten Staaten keine Vorkonferenz (auf der auch die Dominions vertreten sein sollten) wünschen und daß sich die Dominions also wohl oder übel mit ihrer Vertretung durch die englische Regierung begnügen müßten. Ueber die Antwort der Dominionvertreter schweigt sich der Bericht aus, wie überhaupt die Reichskonferenz, die so pomphaft angekündigt wurde, gänzlich hinter verschlossenen Türen ihrem Ende entgegensteht.

Der amerikanische Senat vertreten.

London, 20. Juli. (WIB.) Reuter meldet aus New York: Es verlautet, Präsident Harding habe entschieden, daß der Senat in der amerikanischen Delegation für die Abrüstungskonferenz vertreten sein soll mit Rücksicht auf die Verantwortung, die der Senat zusammen mit der Regierung in Angelegenheiten der auswärtigen Politik Amerikas habe.

Zur Programmkritik.

Von Friedrich Stampfer.

Die Kritik, die Genosse David am letzten Dienstag hier im „Vorwärts“ an dem Entwurf der Programmkommission geübt hat, deckt ungewollt die allerschlimmsten Schäden dieses Entwurfs auf. Wer seine Entstehungsgeschichte einigermaßen kennt, merkt sofort, daß der Tadel Davids nur auf einem Mißverständnis beruht, daß er den Vätern des Programms Absichten unterschreibt, die ihnen vollkommen ferneliegen. David stößt sich an dem Satz „Bergleichsetzung des Grund und Bodens“, der an der Spitze des Kapitels über das Wohnungswesen steht, und wittert böse Pläne gegen seine Bauern. Er zeigt nicht über Luft, die Agrardebatten von 1903 wieder aufleben zu lassen. Die Verfasser des Kapitels Wohnungsweisen werden über diese Wirkung ihrer Beschlüsse nicht wenig erschrocken sein. Denn während sie berieten, war es ihnen gewiß gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß es auch Grund und Boden gibt, auf dem Getreide, Kohl, Salat und andere nützliche Gegenstände wachsen. Ganz in ihre Aufgabe verliert, dachten sie nur an den Grund und Boden, auf dem Häuser gebaut werden, auf ihn allein bezog sich auch ihre Forderung — die Agrarfrage aber, die zur Kompetenz einer anderen Subkommission gehörte, war gänzlich aus dem Kreis ihrer Erwägungen ausgeschaltet.

Man kann also mit gutem Gewissen sagen, daß Davids Kritik gänzlich fehlgreift — aber kann man mit ebenso gutem Gewissen behaupten, daß ein Programmentwurf, der selbst einem gelehrten Parteitheoretiker Anlaß zu solchem Mißverständnis bietet, den an ihn zu stellenden Anforderungen genügt? Der Entwurf ist eine Summe von Spezialforderungen, die gänzlich unvermittelt nebeneinander stehen ohne jede innere Beziehung zueinander. Und so kann man das Ganze bestenfalls als Rohmaterial nehmen, aus dem das neue Parteiprogramm erst aufgebaut werden muß. So wie er ist, wirkt der Entwurf in der Fülle und Unübersichtlichkeit seines Materials geradezu verwirrend — selbst auf so klare Köpfe wie David. Wie soll dann erst seine Wirkung auf andere sein?

Man wird bei der notwendigen Rekonstruktion nicht an der Bortrage vorbeigehen können, was man von einem Programm eigentlich verlangt. Soll es ein Bekenntnis sein, auf das sich alle Anhänger der Partei verpflichten, dann ist der Entwurf mit seinen neunundneunzig oder hundertfünfunddreißig Spezialforderungen eine innere Unmöglichkeit, denn auch dem bestunterrichteten Parteigenossen fehlt die Fülle der Spezialkenntnisse, die für die Aufnahme all dieser Forderungen aus Ueberzeugung die notwendige Voraussetzung ist. Was es aber die Absicht, für tätige Parteigenossen einen Leitfaden in allen Lebensfragen zu schaffen, so muß man bezweifeln, ob der Zweck durch Aufstellung eines langen Verzeichnisses apodiktischer Forderungen erreicht werden kann, ob die Herausgabe eines Handbuchs nicht zweckmäßiger gewesen wäre. Dort kann der tätige Parteigenosse dann das einschlägige Material nachlesen und sich sein eigenes Urteil bilden. Wollte man aber eine Summe von Bindungen schaffen, die den Genossen in jeder Situation sagen, was sie zu tun oder zu lassen haben, dann wird sich dieser Entwurf, der im Druck des „Vorwärts“ nahezu vier Spalten umfaßt, bald als noch lange nicht ausfüllbar genug erweisen.

Der organische Fehler des Entwurfs liegt darin, daß er ein Mittelglied zwischen einem Bekenntnisprogramm und einem Handbuch ist. Die Sache wäre noch einigermaßen besser, wenn der einleitende Teil ein einigendes geistiges Band zwischen den verstreuten Gliedern darstellen würde. Das ist aber leider nur in unzureichendem Maße der Fall. Dieser einleitende Teil soll ein Bekenntnis sein, er soll in knapper, klarer Weise zusammenfassen, was heute das geistige Gemeineigentum unserer Partei darstellt. Dazu war es vor allem notwendig, den Streit zwischen Kausalität und Teleologie, zwischen unbewußtem Werden und bewußtem Handeln zur Schlichtung zu bringen und mit möglicher Klarheit zu sagen, was die Partei von der Entwicklung und was sie von sich selber erwartet.

Der Grundgedanke des Erfurter Programms, daß die Partei bewußtes Werkzeug einer wissenschaftlich erkannten Entwicklung sein müsse, war richtig, er verlangte jetzt aber eine andere Ausführung. Das Erfurter Programm rechnete mit einem Katastrophenpunkt dieser Entwicklung, an dem die Partei erst zur vollen Entfaltung ihrer Aktivität gelangen sollte; da aber dieser Punkt ziemlich weit im Zukunftsnebel lag, mußte es darauf verzichten, für den Augenblick seines Eintritts Verhaltensmaßregeln zu geben; es mußte sich auf zunächstliegende, auch innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung durchführbare Forderungen beschränken.

Der Entwurf mußte eine Lösung der Frage finden, ob der Sozialismus etwas ist, was gemacht werden kann, oder ob er etwas ist, das wird und in seinem Werden bewußt gefördert werden soll. Er hätte auf die wachsende Bewußtgewalt des Staates über die Wirtschaft hinweisen dürfen — auf das, was Kenner die „Durchstaatlichung“ nennt —, wenn es im Augenblick nicht selbst für Sozialisten gar so unmodern wäre, den Staatsgedanken in der Wirtschaft lebendig werden zu lassen, wenn wir nicht gar so viel Be-

Sonderbeihilfe für langfristig Erwerbslose.

Die von den freigewerkschaftlichen Organisationen geschaffene Vertretung der Arbeitslosen war zu einer Tagung am Mittwoch einberufen worden, in der unter Leitung des Genossen Siegel über wichtige Fragen beraten wurde.

Als Aufgabe der freigewerkschaftlichen Vertretung der Erwerbslosen wurde bezeichnet, diesen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, sie insbesondere bei der Unterstützungsfrage zu beraten. Alle Erwerbslosen haben Anspruch auf diesen Rat und Beistand, also auch diejenigen, welche einer Gewerkschaft nicht angeschlossen sind. Für allgemeine Forderungen einzutreten, sind die gewerkschaftlichen Organisationen berufen.

In der Verhandlung wurde festgestellt, daß hinsichtlich der Sonderunterstützung für die Erwerbslosen unzutreffende Berichte in der Presse veröffentlicht worden sind.

Die Sonderbeihilfe für langfristig Erwerbslose sollen diejenigen Erwerbslosen erhalten, die am Stichtag — dem 15. Juli d. J. — länger als 26 Wochen hindurch ununterbrochen Erwerbslosunterstützung bezogen haben und diese noch beziehen.

Von dem Hauptausschuß der Erwerbslosenfürsorge Berlins sind mit dem Oberpräsidenten folgende Richtlinien für die

Auszahlung der Sonderbeihilfe

vereinbart worden:

1. Die Sonderbeihilfe sollen auch diejenigen Erwerbslosen erhalten, die in den Tagen vom 12. bis 15. Juli d. J. die Arbeit aufgenommen haben.

2. An die Frist von 26 Wochen sind einzurechnen:

- a) Unterbrechung durch Arbeit (Vollarbeit, Kurzarbeit, Gelegenheitsarbeit);
- b) Unterbrechung durch Urlaub ohne Unterstützung, Sperrung, wenn erneut Erwerbslosunterstützung bezogen wird;

c) die Fristen gemäß §§ 11, 11a, 12 und 15. Die zu a, b und c genannten Fristen dürfen aber insgesamt 24 Arbeitstage nicht übersteigen.

Krankheitszeiten und die sechsstägige Karenzzeit sind ohne weiteres Zeiten der Erwerbslosigkeit.

Krankheitszeiten, die jedoch vor Meldung lagen, sind nicht einzurechnen.

3. Kurzarbeiter und Ausseher erhalten keine Sonderbeihilfe, wohl aber die Bezieher von Teilunterstützung (bzw. Teilzuschlägen) und die erkrankten Erwerbslosen, deren Angehörige am Stichtag Zuschläge beziehen. Auswärts Arbeitenden, deren Familien hier Zuschläge erhalten, steht die Sonderbeihilfe nicht zu.

4. Leben Ehegatten getrennt, so soll die Sonderbeihilfe entsprechend den Unterstützungsbezügen verteilt werden.

5. Es sollen erhalten (vorbehaltlich der Ergebnisse der statistischen Feststellungen)

Erwerbslose ohne Unterschied des Geschlechts:	
über 16 bis 21 Jahre	300 M.
über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	400 -
über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	500 -
Erwerbslose mit Ehegatten	600 -
Für jedes Kind unter 16 Jahren und sonstige zuschlagempfangende Angehörige	50 -
Der Gesamtbetrag der Sonderbeihilfe für einen Erwerbslosen darf nicht übersteigen	800 -

6. Zum Ausgleich von Härtefällen wird ein Dispositionsfonds zurückbehalten.

Endgültig ist die Einteilung noch nicht festgelegt worden, das soll erst nach einer weiteren Aussprache mit dem Oberpräsidenten geschehen.

Das endliche Ergebnis wird bekanntgemacht werden.

schwörungen gehört hatten, mit der Sozialisierung (die auf diese Weise erst recht schleierhaft wird) sei um alles in der Welt durchaus keine „Verstaatlichung“ gemeint. Ich glaube, in ein sozialdemokratisches Programm würde die Erkenntnis hineingebracht, daß ohne einen Staat, der wirtschaftlichen kann, Sozialismus überhaupt nicht möglich ist, und daß es unsere Aufgabe sein muß, den Staat zur Lösung seiner sozialwirtschaftlichen Aufgaben tüchtig zu machen.

Der Entwurf äußert sich aber über all diese Fragen nur unklar und verworren. Man lese noch einmal mit Aufmerksamkeit folgende Sätze:

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens, indem sie den Einfluß des großen Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen steigert, zu imperialistischer Ausdehnung, zur Eroberung neuer Anlagen- und Absatzmärkte, sie verstärkt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwört welterschütternde Kriege herauf.

Diese unzulässigen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe — soweit sie bereits zu Privatmonopolen geworden sind oder eine das Wirtschaftsleben der Nationen beherrschende Machtstellung erlangt haben — in die sozialistische Gemeinwirtschaft durch Verstaatlichung der kapitalistischen Produktionsmittel übergeführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Aus- und Ausbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit und lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden. Hierzu ist unerlässlich die entscheidendste Förderung des Genossenschaftswesens sowie der wirtschaftlichen und politischen Widerstandsorganisationen der Klasse des arbeitenden Volkes, ferner (1) die Festigung der deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch zur Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Rinderheuschreckenherrschaft.

Ob es richtig ist, die Entstehung von Kriegen ausschließlich auf kapitalistische Entwicklungstendenzen zurückzuführen, dies zu prüfen, müßte einer besonderen Erörterung vorbehalten werden. Aber ganz und gar falsch ist es, zu sagen, daß diese unerträglichen Zustände durch die Ueberführung der großen Wirtschaftsbetriebe in die sozialistische Gemeinwirtschaft überwunden werden können. Wenn wir heute Kohle, Eisen, Stahl und noch einiges andere „Kette“ sozialisieren, glaubt dann wirklich jemand, daß damit „die unerträglichen Zustände überwunden“ wären? Und wenn Amerika, England, Frankreich in gemessenen Zeitabständen auf diesen Gebieten unserem Beispiel folgten, glaubt jemand, die unerträglichen Zustände wären dann überwunden? Müßten wir nicht den Mut der Aufrichtigkeit haben, zu sagen, daß dies alles, was noch recht viel Zeit braucht, bestenfalls ein Anfang sein kann und daß erst die in weiterer Ferne liegende annähernd vollständige Beseitigung des kapitalistischen Systems eine Ueberwindung jener unerträglichen Zustände mit sich bringen kann?

Der Kommunist Brandler sagte in seiner Verteidigungsrede, der Kommunismus brauche noch Jahrzehnte zu seiner Reife. Da brauchen wir wahrhaftig doch nicht so zu tun, als könne man durch ein paar Sozialisierungsgesetze alles Elend dieser Welt beseitigen!

Eigentümlich muß es berühren, daß die „Festigung der Republik“ in diesem Zusammenhang hinter der Förderung des Genossenschaftswesens und der „wirtschaftlichen und politischen Widerstandsorganisationen der Klasse des arbeitenden Volkes“ — gemeint sind Partei und Gewerkschaften — hinterdrein marschieren. Sozialisierungen sind schließlich auch in einer Monarchie möglich, in einer Monarchie könnte unter Umständen der Futternapf sogar etwas breiter sein als in der Republik. Aber die Republik enthält für uns hohe sittliche, ideale Werte, die wir nicht zerlösen lassen wollen. Auch als Sozialisten dürfen wir bekennen, daß der Mensch von höherem lebt als allein von Brot, und daß der formelle

Ausdruck unserer staatsbürgerlichen Freiheit in einer republikanischen Verfassung für uns eine gewaltige seelische Bedeutung hat, daß wir deshalb bereit sind, diese Verfassung mit dem Einsatz des Letzten zu verteidigen.

Möge es dem Sörliger Parteitag oder vielleicht noch besser seinem Nachfolger gelingen, die schweren Mängel des Entwurfes zu beseitigen und ein Stück aus einem Guß zu schaffen, um das sich die Partei mit Freude scharen kann!

Monarchistenangst um die Futterkrippe.

Kürzlich ist mit einigen unerschämten Beamten, die den Eid auf die Reichsverfassung verweigert hatten, so verfahren worden, wie sie es verdienen. Die beiden Anführer flogen, ihr Gefolge wurde in Disziplinargeldstrafe genommen. Eine deutschnationale Anfrage im Landtage versuchte den Tatbestand so zu drehen, daß die Beamten den Eid selbst gar nicht verweigert hätten, sie hätten sich nur geweigert, ihn in die Hand eines ihnen ungeeignet erscheinenden Vorgesetzten zu leisten! Es handelte sich um den damaligen Landrat Dr. Ahrendts.

Wenn beim Reichsgericht das Urteil davon spricht, daß Offiziere auch die Befehle ihrer Vorgesetzten auf ihre Qualität prüfen sollen, ehe sie sie ausführen, dann jammert die „Kreuzzeitung“ und sieht den Tod aller Disziplin. Wenn aber der Amtsvorsteher Graf Kleist-Retzow und von Braunschweig-Standemin erklären, unser Vorgesetzter erscheint uns unwürdig, er darf uns nicht den Eid abnehmen, dann haben ihre Freunde plötzlich richtig gehandelt. Ist das nicht merkwürdig? Ganz und gar nicht, man will der junkerlichen Opposition, auch dann, wenn sie zweifelsfrei im Unrecht ist, unter allen Umständen das Rückgrat stärken. Die „Kreuzzeitung“ macht das so, daß sie aus einer Verordnung von — 1789 die mangelnde Würdigkeit des Eidesabnehmers und das Recht auf dessen Ablehnung herleitet. Mit dieser jämmerlichen Ausflucht ist man aber nicht zufrieden. Die frondierenden Konservativen und monarchischen Gesinnungsgenossen werden noch weiter gehegt. Es wird die Behauptung aufgestellt, daß die Forderung nach dem Eid auf die gegenwärtige „auf verheerlichem Wege eingeführte republikanische Staatsform“ gegen die Grundrechte der — Weimarer Verfassung verstoßen.

Das ist die Höchstleistung an Gesinnungsakrobatik, die wir bisher erlebt haben. Die „Kreuzzeitung“ verzichtet auf Vernunft und Logik, sie verzichtet darauf, ernsthaft genommen zu werden, und alles nur wegen zweier Wölger, die ihren Posten auch in der Republik behalten wollten, ohne ihr den dazu notwendigen Eid zu leisten.

Hilfe, wir sollen Steuern zahlen!

Eine Kundgebung des Reichslandbundes.

In den agrarisch-politischen Kreisen sind die Drahtzieher nicht müßig. Sie haben schon jetzt eine allgemeine Protestaktion gegen die „neuen Lasten“ begonnen, die die Landwirtschaft „nur schwer tragen kann“. Man kündigt Opferwilligkeit an, wenn das Gesamtvolk Steuern zahlt — aber selbstverständlich! — und wenn das landwirtschaftliche Betriebsvermögen ungeschmälert erhalten bleibt. Steuern, die das Vermögen angreifen, will man mit aller Schärfe bekämpfen, denn „sie bedeuten nichts anderes als die verkappte Verstaatlichung der Produktionsmittel.“

Das Blatt der Wulle-Ereignisse, das „Deutsche Abendblatt“, bringt aber erst den richtigen politischen Schwung in die Protestbewegung. Es macht einen Vorschlag des Brandenburgischen Landbundes unter der Ueberschrift: Die Bauern machen nicht mehr mit! Der Vorschlag selbst spricht das ungeniert aus, was die Aktion des Reichslandbundes eingeleitet hat. Der Brandenburgische Landbund kündigt den ländlichen Ablieferungstreik an, um der Landwirt-

schaft im Staat die ihr gebührende Anerkennung und Gleichberechtigung zu verschaffen!

Der Brandenburgische Landbund meint, er würde bei einem Streik das ganze Landvolk hinter sich haben. Er möge sich nicht täuschen, es könnte ihm teurer zu stehen kommen als er glaubt.

Wiederaufbau ohne Steuern.

Die „Deutsche Allgem. Zeitung“ beginnt sich mit dem Finanzprogramm der Reichsregierung zu beschäftigen. Ihre Reuegerungen scheinen uns wegen der hinter ihr stehenden Interessen recht beachtenswert. Ganz offen wird zugegeben, daß das Reichsnotopfer in seiner bisherigen Form gar keine Kapitalabgabe gewesen sei, man habe es letzten Endes aus dem Ertrag des Kapitals oder dem Einkommen getragen! Damit wird endlich von sachkundiger Seite zugegeben, was wir immer behauptet haben, daß die Völkerrich-Verträge „Verbesserung“ des Notopfers das Kapital vor einer Abgabe gerettet hat.

Die „Deutsche Allg. Zeitung“ versucht des Weiteren nachzuweisen, daß bei einer Beteiligung des Reiches an der Industrie keine 100 Goldmillionen herauskämen. Deswegen ist es wohl besser, wir lassen die nur kümmerlich vegetierende deutsche Industrie ungeschoren oder, so schlägt man ersthaft vor, daß Reich möge sich bei ihr auch an den — Passiven beteiligen. Das ist dem doch den Sinn des Reichssteuerprogramms so frivol ins Gegenteil verkehrt, daß daraus nur der Wille, dem Reiche nicht zu helfen, herausgelesen werden kann.

Schichterin gegen Bayern.

Anlässlich der Verhaftung und Ausweisung des Volkskommissars für Finanzen Nikolai Nikolajewitsch Krestinski aus Bayern richtete Schichterin, wie die Dena erzählt, an den Vertreter des Bevollmächtigten des Deutschen Reiches in Moskau, Herrn Schotte, eine scharfe Protestnote, in der er die Forderung machte als eine unerhörte Verletzung aller Normen und Gebräuche des internationalen Rechtes kennzeichnet. Der Protest schließt mit den Worten: „Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten ersucht Sie, Ihrer Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß die Regierung der russischen sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik sich genötigt sehen wird, alle Beziehungen wirtschaftlicher und anderer Art mit Vertretern Bayerns zu lösen, falls ihr nicht vollste Genugtuung gewährt wird und Maßnahmen getroffen werden, die eine Wiederholung solcher Verletzungen des Vertrauens vom 6. Mai d. J. und des internationalen Rechts unmöglich machen.“

Reichstagsabgeordneter Hise gestorben.

In Bad Nauheim starb der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Hise nach längerer Krankheit im 71. Lebensjahre. Hise war seit 1884 Mitglied des deutschen Reichstages, seit 1910 Mitglied der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Besonders im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts spielte er eine bedeutende Rolle und beschäftigte sich mit Kultur- und Bildungsfragen, die den Rahmen der engeren Zentrumspolitik oft überschritten. Hise stellte die programmatistische Forderung des Reiches auf Arbeit auf, und als einer der wenigen des damaligen Zentrums suchte er dem Sozialismus gerecht zu werden, den er „ein konsequentes und großartiges System“ nannte. Auch während des Schandgesetzes gegen die Sozialdemokratie wagte er es, die kollegiale Freundschaft mit den bekanntesten Führern unserer Partei aufrecht zu erhalten, eine Handlungswiese, zu der damals Mut und aufrichte Gesinnung gehörten. Hise gehört zu jenem Typus der bürgerlichen Sozialpolitiker, die sich der sozialistischen Gedankenwelt beträchtlich nähern, ohne doch — infolge ihrer andersartigen Einstellung — völlig in sie eindringen zu können. Am 16. März d. J. beging der nun Verstorbenen seinen 70. Geburtstag. Die Sozialdemokratie wird dem Werk und der Persönlichkeit dieses Mannes ein ehrenvolles Gedenken bewahren.

Eine Wahlmaschine.

Der Wahlmodus zu den verschiedenen öffentlichen Körperschaften und innerhalb dieser wieder die Abstimmungen werden seit irdentlichen Zeiten mittels Zettel vorgenommen, und keinem Menschen dürfte es einfallen, sich diesen Vorgang anders vorzustellen, als er es gewohnt ist. Und doch wird vielleicht in Zukunft die Stimmzettelwahl von der Maschinenwahl, oder sagen wir mechanischen Stimmabgabe, abgeteilt werden. Bisher war es üblich, daß der Wähler nach der Feststellung der Wahlberechtigung an die Urne trat und ihr seine papierenen politischen Wünsche anvertraute. Vorher mußte er in der Wahlzelle aus der großen Zahl von Zetteln sich umständlich seinen Wunschzettel aussuchen und in den Umschlag stecken. Das war für die Mehrzahl der Wähler, die sich von allen Zettelwerkzeugen völlig alles in die Hand drücken ließen, eine Belastungsprobe für ihre Geduld und Geschicklichkeit, und es konnte unter Umständen auch der falsche Zettel in den Umschlag geraten. Im Anschluß an die oft langwierige Wahlhandlung kam dann die zettelauswerfende Ausfertigung und Auszählung der Ergebnisse, so daß die Bekanntgabe des vollständigen Wahlergebnisses einer großen politischen Wahl tagelang auf sich warten ließ.

Aun naht das unumgängliche Ereignis der Wahlmaschine, die alle diese Dinge höchst einfach gestalten könnte. Der Erfinder ist der Münchener Holzarbeiter Johann Mundigl, der dieser Tage seinen neu konstruierten Apparat zur Vornahme von Abstimmungen vorführt. Der Apparat besteht aus einem verschließbaren Holzkasten, der, zur Wahlhandlung geöffnet, ungefähr die Größe einer großen Registrierkasse hat und an drei Seiten in erforderlicher Höhe, gleich der Wahlzelle zur Geheimhaltung der Wahl, mit einem aufsteckbaren Verdeckungsschirm umgeben wird. Vorn ist eine Reihe von nummerierten Hebeln angebracht, und das sind die neuen Instrumente zur Willensäußerung des Wählers. Der Druck auf den Hebel ist die Stimmabgabe, die mittels eines Zählers oben sofort registriert wird. Ein Schild hinter dem Hebel bezeichnet noch ausdrücklich die Liste oder die Namen der Partei, die man zu wählen wünscht.

Der Wahlvorgang würde sich nun so vollziehen: Der Wähler tritt wie bisher an den Wahlisch zur Feststellung seiner Wahlberechtigung. Danach geht er nebenan an den Apparat. Dem Wahlvorstand gegenüber sorgt der schwarze Schirm, dem Publikum gegenüber sein eigener Körper für die Geheimhaltung der Wahl. Der Wahlvorsteher macht mittels eines Druckes mit einer Einrichtung, wie man sie am Photographenapparat sieht, von seinem Platz aus den Apparat frei; damit wird die Stimme zugleich in die Gesamtsumme gezählt. Alsdann drückt der Wähler auf den Hebel der Partei, die er wählen will; der Zähler zählt die Stimme wie bei einer Registrierkasse oder einer Logarithmendrehscheibe. Er kann aber weder zwei Hebel zugleich noch überhaupt zweimal drücken. Der Mechanismus des Apparates ist nämlich gesperrt, bis der Wahlvor-

steher ihn wieder frei macht für den nächsten Wähler. Die Sache geht auf diese Weise bei aller Sorgfalt so schnell vor sich, daß die Zahl der festigen Wahllokale um die Hälfte vermindert werden könnte. Nach Schluß der Wahl werden die Stimmziffern der einzelnen Parteien von der Kommission einfach von den Zählern abnotiert, mit der Gesamtzahl verglichen und der Wahlapparat verschlossen. Die Uebermittlung der Ergebnisse an das Hauptwahlamt ist sofort nach Schließung des Wahllokals möglich. Das Resultat einer Reichstagswahl dürfte also innerhalb 24 Stunden leicht bekannt werden können.

Neben einer großen Ersparnis an Papierkosten für Stimmzettel und dergleichen dürften auch die übrigen Wahlausgaben durch die schnellere Wahlhandlung bedeutend niedriger werden, besonders da die Herstellungskosten für den Apparat auf höchstens 800 M. geschätzt werden. Allein die Ausgaben für Stimmzettel und Umschläge verschlingen in einem großen Wahlbezirk Hunderte, während der Apparat nur einmal zu beschaffen ist. Die Unkosten für alle Wahlen könnten also eine bedeutende Minderung erfahren, da der Apparat auch für Abstimmungen in den Parlamenten, Gewerkschaften und Vereinen geeignet wäre, also vielfache Verwendung fände. Einstweilen fehlt ihm nur noch der Segen des Patentamtes, der wohl nicht mehr lange auf sich warten läßt, und die gesetzliche Zulassung zu öffentlich-rechtlichen Wahlen; denn die amtlichen Wahlordnungen schreiben die Zettelwahl vor. Vielleicht finden sich Männer im Reichstag, die nach ernsthafter Prüfung dem Reich die Erwerbung des Patentes empfehlen. Der modernsten Republik das modernste Wahlverfahren!

Eine neue Form der Zeitschrift will Professor Ostwald, der berühmte Chemiker einführen. Seine Zeitschrift soll nicht als mehr oder weniger bildlicher Band, sondern in einer Reihe von Einzelschriften, gewissermaßen Sonderdrucken, erscheinen, die in Mappen periodisch auszugeben werden. So kann jeder Kuss für sich gesondert aufbewahrt und von den Bibliotheken einzeln verliehen werden.

In dieser neuen Form erscheint bereits die von Ostwald herausgegebene Sammelchrift „Die Farbe“. Bei ihr sieht Ostwald übrigens auch von jeder Bezeichnung der Tage und Monate ab. Er zählt die Tage durchnummernd von 1 bis 365 bzw. 366, weil man, wie er ausführt, damit ganz gut auskommen kann, sofern man sich nur merkt, daß etwa am 100. Tage die Bäume grün werden, daß am 200. die Ernte beginnt und am 300. die Bäume ihre Blätter verlieren. Dann weiß man a. B. sofort, daß der 233. Tag in den frühen Herbst, der 45. in den Schluß des Winters fällt usw. usw. Man hat also die Bezeichnung der Monate gar nicht nötig.

Die Bereinigung einer Zeitschrift in einzelne Sonderdrucke hat ihre unerkennbaren praktischen Vorteile. Der Verzicht auf die übliche Datierung der einzelnen Nummern erscheint uns aber — ohne dem großen Gelehrten zuzuhören — etwas lächerlich.

Ludendorffs Mannesucht und schwere Sorgen. Aus München wird gemeldet, daß auf dem Stiftungsfest des dortigen Vereins

deutscher Studenten Escherich und Ludendorff „ändende Ansprachen“ gehalten haben. Ludendorff äußerte sich von schweren Sorgen erfüllt, weil die Mannesucht im deutschen Volke geschwunden sei. Wenn man sich über diese Sorgen hinwegwüsche, so leiste man dem Vaterlande einen schlechten Dienst.

Jedenfalls könnte Herr Ludendorff dem Vaterlande den besten Dienst dadurch leisten, daß er sich von jedem öffentlichen Auftreten zurückziele. Nicht nur die Pflicht der Mannesucht, sondern schon das elementarste Takt- und Anstandsgefühl müßten ihn zu dieser Zurückhaltung veranlassen. Ein Mann, der so viel auf dem Kerbholz hat, soll froh sein, wenn ihm gestattet wird, in aller Stille unbehelligt seine Pension zu verzehren.

Eine Gemeinshaftsküche der Steinzeit. Tausende von „Feuersteinen“, die man als „Topf-Kocher“ bezeichnet, sind in Buzenham Tofts Park zu Dorset bei zufälligen Grabungen entdeckt worden. Da die Tonwaren der Steinzeitmenschen einem starken Herdfeuer noch nicht standhielten, so wurden erhitzte Feuersteine in das Wasser geworfen, bis es dadurch zum Sieden gebracht war. Die außerordentlich große Zahl der gefundenen Feuersteine läßt darauf schließen, daß es sich hier um eine große Gemeinshaftsküche der Urzeitmenschen handelt, die das Fleisch des Großwildes auf diese Weise kochten.

Die Herkunft des geschichtlichen Faust wird auf Grund eingehender Nachforschungen von Prof. Dr. Hofmann im „Schwäbischen Bund“ nachgewiesen. Es geht aus Einträgen in den Heidelberger Universitätsmatrikeln hervor, daß der bürgerliche Name des berühmten Zaubers Dr. Georg Helmstetter aus Heidelberg lautete. Er hat erst später nach humanistischer Art den Namen „Georgius Faustus“ angenommen. Unter seinem Familiennamen wurde er am 9. Januar 1483 in Heidelberg als Student eingeschrieben und bestand hier 1487 seine Doktorprüfung. Bis zum Frühjahr 1489 hielt er sich dauernd in Heidelberg auf.

Da nach dem Einwohnerverzeichnis von 1483 sein Vater schon tot oder wenigstens nicht mehr ortsanwesend war, mag er vielleicht im nächsten Jahre in die weite Welt hinausgegangen sein. 18 Jahre später trat ihn dann der Abt Trithemius als „Georgius Sabellianus Faustus junior“, und 1520 befindet er sich unter dem Namen „Dr. Faustus philosophus“ am Hofe des Fürstbischofs Georg von Bamberg. Nach der Zimmerischen Chronik ist er um das Jahr 1540 zu oder doch mit weit von Staufen, dem Stettlein im Breisgau, gestorben. Wiege und Grab des geschichtlichen Faust lagen also in badischen Landen.

Paul Klee, der vor kurzem an das Weimarer Lyceum berufen wurde, gibt in seiner „Vollstämmer“ eine Uebersicht über sein gelamtes künstlerisches Schaffen.

Wäthner-Orchester. Das nächste häßliche Volkskonzert ist Freitag, 8. Uhr, in Wäthner, Saal.

In der Romischen Ober wird „Mit-Deidelberg“ am Freitag zum letzten Male gegeben. Ab Sonnabend, den 23., wird Leo Roth „Der ideale Bauer“ neuinszeniert in den Spielplan aufgenommen.

Maxim Gorki hat soeben einen großen Film vollendet. Er enthält Bilder aus der Kulturgeschichte der Menschheit seit der Urzeit.

Nach Palästina wird demnächst der Bekannte Botaniker Prof. Barburg überföhren, um die Leitung des dortigen landwirtschaftlichen Versuchsanstalts zu übernehmen.

Groß-Berlin

Der Bücherwagen.

Die Zahl der Bücherwagen, die jetzt an den Ecken der Hauptverkehrsstraßen stehen, hat sich seit Kriegsende bedeutend vermehrt. Das beruht auf einer sehr verständlichen Wechselwirkung. Der Hauptgrund dieser Vermehrung ist natürlich der, daß mit dieser Art Bücherverkauf vielen eine Erwerbsquelle erschlossen wurde. Eine erhöhte Nachfrage nach alten Büchern, der ein gleich starkes Angebot gegenübersteht, sichert eine gewisse Rentabilität des Handels. Wirtschaftlich ist es zwingend den einen, sich von seinem Bücherhag zu trennen, und den anderen Bücher im Altverkauf zu erwerben, weil neue zu teuer sind. Das trifft für gute Literatur zu. Daneben wird nämlich Schund verschiedener Art und Herkunft auf manchen Bücherwagen abgeladen.

Die Deutschen vom Altbüchermarkt haben sich die ergößlichsten Fahrzeuge zurechtgezimmert: von dem mit Brethern überdeckten Dreirad bis zum vierrädrigen Plattenwagen mit Hundegelspann. Einige Händler verkaufen ausschließlich neue oder nur gute Bücher. Und hier taucht eine Frage auf: wo sind die Bücherwagen der Jugendorganisationen, welche gute Bücher zu billigen Preisen im Straßenhandel vertreiben wollten? Die Preise, die der Bücherwagen fordert, sind ganz verschieden. Für 50 Pf. kann man kleine Romanbändchen oder Broschüren erwerben, und für 400 M. Werke, die vor 1000 Jahren geschrieben worden sind und in altem gelben Schweinsteder prangen. Man findet unter den Verkäufern auch Fachleute. Aber auch oft verständnislose, die sich bei der Preisberechnung nach dem Einband und Titel des Buches richten. So ist es möglich, daß man Wertvolles für billiges Geld erhält. Solch ein Bücherwagen ist ein kleiner Zeitspiegel. Vor allem kündigt er gegenwärtig die jüngste Vergangenheit an: den Krieg und die Revolution, Kriegsliteratur — Werke Ullstein und Scherl — in Menge. Die neue Zeit offenbart sich in Schriften über Staatsbürgerkunde und die neuesten Zeitereignisse; auch die Schriften der 3. Internationale fehlen nicht. Daneben rufen die Klaffler; Goethe und Schiller trifft man häufig, dann Gottfried Keller, Emilie Jola, Senau usw. Und dann? Maritt und Hedwig-Courths-Mahler („Armes Doris“). Aber auch anderes wird angezündet: „Von der Ehe“ (mit Illustrationen), „Wie hoch ich“ (mit Arzneirezepten) und „Wie werde ich reich“. Die Leser des Buches sind arm gebildet, nur der Verfasser . . .

Der Professor blättert gerade in einem mathematischen Wert. Ernst und würdig, wie wir es bei einem Gelehrten der alten Welt gewöhnt sind. Wir kaufen inzwischen einige billige Reclam-Bändchen und hoffen, daß der letzte Besitzer keine Seiten herausgeschnitten hat. Ein schlechter Ders oder eine gut gemeinte Widmung an Lina Müller lassen sich eher ertragen. Ein bißchen schmierig sind manchmal diese Bücher. Und darum sagt der Berliner von Bücherwagen auch — Schmarjenschaufel. Der Bücherwagen war uns schon vor dem Kriege ein guter Bekannter, er ist vielen heute ein lieber Freund geworden, und mancher sucht auf ihm nach verborgenen Schätzen. Die meisten Berliner werden aber nicht wissen, daß viele von diesen fahrenden Buchhändlern gar nicht selbständig sind, sondern im Auftrage großer Antiquariate arbeiten.

Die Notverordnung für Groß-Berlin!

Mehrere Blätter veröffentlichten eine gleichlautende Notiz, in der darüber Beschwerde geführt wird, daß die Notverordnung für Groß-Berlin noch nicht erlassen sei. Das führe zu unhaltbaren Zuständen. Schon trügen unbesoldete Stadträte Bedenken, an wichtigen Beschlüssen usw. teilzunehmen oder mitzuzeichnen. Sehr wichtige bringende Vorlagen könnten nicht verabschiedet werden. Wie hierzu die PBR. hören, erfordert die Notverordnung, da gewisse Vorschriften des Gesetzes vom 27. April 1920 mit abgeändert werden müssen, um das Zustandekommen unanfechtbarer Wahlen in Zukunft zu sichern, eine genaue Durcharbeitung des Gegenstandes. Da sie nur vom Preussischen Staatsministerium aus in Übereinstimmung mit dem ständigen Ausschuss des Landtages erlassen werden darf (Artikel 55 der Verfassung), dieser aber nicht vor Mitte nächster Woche

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

„Berachten Sie sich nicht selbst?“ fragte sie, und das klang weich, fast zärtlich.
Er ballte die Fäuste. „Sie haben recht. Ich tue es. Ich tue es in dieser Stunde.“
Sie tat, als habe sie nicht gehört, was er gesagt hatte. „Sie sind ein Mensch, der an sich verzweifelt.“ sagte sie in bestimmtem Ton, „wissen Sie das nicht? Für Sie gibt es nur ein Mittel, das Sie retten könnte, nur eines . . .“
„Welches?“ fragte er.
„Sie brauchen einen Menschen, der Sie hält, der Sie führt, — einen Menschen, dem Sie glauben, weil Sie unfähig sind, sich selber zu glauben . . . Einen solchen Menschen brauchen Sie. Er wäre Ihre Rettung.“
„Dummheit!“ wütete er. „Gehe ich nicht meinen Weg? Und bin ich nicht mit Erfolg gegangen?“
„Jeder Mensch geht einen Weg, und die meisten Menschen gehen viele Wege, bald den, bald einen anderen. Es kommt aber darauf an, daß man nur einen Weg geht und daß man an diesen einen, nur an diesen einen, glaubt, denn nur dieser eine Weg ist der eigene . . . Wieviele Wege sind Sie schon gegangen?“
„Haben Sie sich noch nie geirrt?“ gab er ihr verbissen zurück.
„In dem, was ich wollte, nie — im Gegensatz zu Ihnen, der Sie sich nur in dem nicht irren, was Sie können . . . Und es ist gar nicht soviel, was Sie vermögen, denn beim ersten großen Widerstand werden Sie schwach. So zum Beispiel jetzt. Oder glauben Sie im Ernst, daß Sie mich bezwingen?“
„Ich werde es Ihnen beweisen,“ murmelte er.
Sie lachte. „Was können Sie tun?“
„Sie sind in meiner Hand,“ sagte er voll Nachsicht. „Es hängt nur von mir ab, ob Sie noch länger in Freiheit bleiben.“
„Der Brief? . . . Sie werden nie Gebrauch von ihm machen. Er hat nur solange Wert für Sie, als Sie ihn als Drohung gegen mich verwenden können. In dem Moment, da Sie Ihre Drohung wahr machten, wären Sie verloren!“
„Ich?“
„Sie, — da Sie in mir den einzigen Menschen verlieren würden, den Sie brauchen, weil er Sie retten kann . . .“
Seine Brust arbeitete so heftig, daß sein Atem zu hören

zusammenkreien wird, kann die Notverordnung vor Ende nächster Woche nicht veröffentlicht werden.

Die Befürchtungen der oben erwähnten Notiz sind übrigens nicht begründet. Sämtliche der früheren Stadtverordnetenversammlung oder den Bezirksversammlungen gewählten Mitglieder von Verwaltungsämtern der Stadt, insbesondere auch die unbesoldeten Stadträte und die Mitglieder der Deputationen, auch wenn sie Stadtverordnete oder Bezirksverordnete waren, sind nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, ihre amtliche Tätigkeit bis zum Antritt ihrer von der neuen Gemeindevertretung zu wählenden Nachfolger fortzusetzen. Der Oberbürgermeister kann sie hierzu anhalten, was bereits durch die gestern veröffentlichte Kundverfügung des Magistrats geschehen ist. Die Stadtverordnetenversammlung wäre übrigens für die nächsten sechs Wochen ohnehin in die Ferien gegangen. Der Magistrat hätte auch unter normalen Verhältnissen jetzt einige Wochen auf eigene Verantwortung verwalten müssen.

Die Straßenbahn ohne Gleise.

Neue Berliner Verkehrsprojekte.

Die Erschließung neuer Verkehrsmöglichkeiten ist besonders für die Groß-Berliner Lukenbezirke eine der wichtigsten Lebensfragen. Das Verkehrsamt der Stadt Berlin hat die Frage der Verkehrsverbesserung nach den Vororten eingehend geprüft, ob und auf welchem Wege schon jetzt bei Billigkeit der Anlage und Wirtschaftlichkeit des Betriebes ein Anschlußverkehr auch von bisher an das Straßenbahnnetz noch nicht angeschlossenen Vororten sich eine Verkehrsverbesserung schaffen läßt. Die leicht geprüfte Möglichkeit ist die Einrichtung „gleisloser Straßenbahnen“, wie sie früher bereits zwischen einzelnen Vororten von Berlin verkehrten.

Diese Straßenbahnen haben in der letzten Zeit wesentliche Verbesserungen in den technischen Einrichtungen erfahren, so daß sie besonders in Amerika in den letzten Jahren mit gutem Erfolge verwendet werden konnten. Die wesentlichen Unterschiede sind das Fehlen der Schienen, doppelte Oberleitung, gegen die von unten her ein Stromabnehmer gepreßt wird. Durch eine besondere Einrichtung soll es ermöglicht werden, daß die Wagen auch in den Straßenbahnen mit Straßenbahnschienen verkehren können, wodurch der Bau besonderer Schuppen in der Nähe der Endpunkte der Fahrstrecken überflüssig wird, da die Straßenbahnhöfe auch für die Unterbringung der gleislosen Wagen benutzt werden können. Der Betrieb mit gleislosen Wagen stellt sich etwa um 50 Proz. billiger als bei Straßenbahnen, so daß auch bei einer etwas geringeren Benutzung der Wagen wirtschaftlich gearbeitet werden kann. Zum Beispiel kosten die Gleisanlagen für 1 Kilometer Straßenbahn in allereinfachster Ausführung heute rund 1,5 Millionen Mark, so daß ohne erhebliche Zuschüsse an die Erbauung neuer Strecken angefangen der Lage der Stadt Berlin und auch der Straßenbahn nicht gedacht werden kann.

Als erstes Projekt ist die Verbindung von Weihensee mit Hohenhausen beabsichtigt, wo die Verhältnisse zurzeit so liegen, daß man, um von dem einen nach dem anderen Ort zu gelangen, bei der Benutzung der Straßenbahn über den Alexanderplatz fahren muß. Als zweites Projekt soll dann die Anschlußmöglichkeit von Lichterfelde an den in Mariendorf liegenden Endpunkt der Straßenbahn geprüft werden. Bei der Verwendung der gleislosen Straßenbahnen muß die Frage der Stromversorgung eine Hauptrolle spielen, die sich leider nicht überall einwandfrei wird lösen lassen.

Auf der Brandstelle im Erdmannshof. Am Rottbuser Ufer 33/40, waren am gestrigen Tage vier Löschiüge der Berliner Feuerwehr vollauf mit Löscharbeiten und Aufräumarbeiten beschäftigt. Allenfalls schlugen die Flammen aufs neue empor, so daß mit mehreren Schlauchleitungen dauernd gearbeitet werden mußte. Die Feuerwehreinheiten Neunzerling, Bartels und Belz sind verlegt worden. Der Schaden ist ungeheuer. Nicht weniger als sechs Dachstühle müssen erneuert werden. 46 Pferde konnten aus dem 1. Stock trotz des großen Qualls in Sicherheit gebracht werden. Die Brandstelle war von einer großen Menschenmenge dauernd umlagert, trotzdem von der Straße aus nichts beobachtet werden konnte.

Ein Brand im Treptomer Spreetunnel, der zu übertriebenen Geräuschen Anlaß gab, beschäftigte am gestrigen Nachmittag die Feuerwehr. In dem Tunnel war durch das achtlose Fortwachen einer brennenden Zigarre eines Fahrgastes der Straßenbahn die Rohrverbindung eines Abflusshohes der in dem Tunnel stationierten Zentrifugalpumpe, die das in der Unterführung sich ansammelnde Wasser von Zeit zu Zeit aufzupumpen hat, in Brand geraten, wodurch eine starke Verqualmung eintrat.

Die Ablösung gestaltete sich etwas schwierig, da nur mit kleinem Löschgerät gearbeitet werden konnte. Nach etwa anderthalbstündiger Verkehrspause konnte die Straßenbahn wieder den Verkehr durch den Tunnel aufnehmen.

Die Günstigkeit der Stadtbahnfahrkarten. Zu dem Tarif zur Beförderung von Personen im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr ist jetzt durch eine Verfügung der Eisenbahndirektion Berlin eine Ergänzung ergangen, wonach die Stadt- und Ringbahnfahrkarten auch zur Fahrt nach einzelnen Vorortstationen benutzt werden können. Will z. B. ein Reisender vom Alexanderplatz nach dem Wedding fahren, so mußte er bisher bei der Benutzung der Stadtbahn entweder über Westend oder über Stralau-Stummelsburg fahren. Jetzt kann er sich einen Teil dieses Umweges dadurch ersparen, daß er auf dem Lehrter Stadtbahnhof umsteigt, vom Lehrter Bahnhof einen Vorortzug nach Rauen oder Wustermarke bis zum Bahnhof Patligstraße benutzte und dann mit einem Ringzuge nach der Station Wedding weiterfährt.

Das Schicksal der UEG-Schnellbahn ist, wie wir hören, mit Urteil des Landgerichts I noch nicht entschieden. Gegen das Urteil, welches bekanntlich die Gesellschaft von der Verpflichtung entbindet, den Bau weiterzuführen, hat die Stadt Berlin Berufung eingelegt, da der Magistrat auf dem Standpunkt steht, daß das Bauwerk auch vollendet werden muß. Da jedoch ein endgültiges Urteil in diesem Rechtsstreit möglicherweise erst in Jahren zu erwarten sein dürfte, so sind neuerdings auf gütlichem Wege Verhandlungen angebahnt worden, die im Vergleichsweg zu einer Einigung führen können; in der Hauptsache handelt es sich um die Wiederherstellung der Straßenoberflächen.

Butter, Margarine und andere leicht schmelzende Fette laufen in der Hitze leicht aus. Die Post nimmt Sendungen damit deshalb jetzt in der heißen Jahreszeit nur an, wenn die Fette in festen Massen oder Säcken verpackt sind.

Der Postverkehr erstreckt sich jetzt, Anfang Juli, auf 707 617 Kunden, 10 606 mehr als am 1. Juni vorher; er wirt einen Umlauf von 32 920 000 Buchungen über 87 495 000 000 M. auf.

„Vorwärts“-Leser Weilin Heilkräfte können den „Vorwärts“ jetzt von Artur Klauing am Bahnhof beziehen.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin.

Am 22. d. M. „Jugendtheater“ im Wallner-Theater. Eintrittskarten à 7,50 M. Nachmittagskonzert im Theater der Freien Volkshöhe am Bülowplatz. (Spielplan an den Nachschlagstulen.) Karten à 6 M. im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 4 Treppen, Zimmer 12, geöffnet von 8-5 und Donnerstags bis 7 Uhr, und bei den Bildungsausschussmitgliedern der Abteilungen.

Die Ausgabe der Abkommensarten und Marken für die Festkonzerte hat bereits begonnen. Wir bitten, dieselben abzuholen. Die Abteile der Bezirksbildungsausschüsse werden gebeten, sofort die Karten für die Nachmittagskonzerte am Sonntag, den 28. August, im Deutschen Opernhaus abzuholen, da sonst anderweitig darüber verfügt wird. Am Donnerstag, den 18. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, in der Reuen Welt, Lindenstr. 108/114, Aufführung der Oper „Die Walküre“ von Richard Wagner, 1. Teil aus der Trilogie „Der Ring der Nibelungen“, in erster Besetzung des Deutschen Opernhauses unter künstlerischer Leitung des Direktors Herrn Hartmann. Die Nachfrage ist sehr stark; wir bitten die Karten abzuholen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 21. Juli:

- 1. Kreis Tiergarten. 7 Uhr Kreisvertreterversammlung in der Aula der Dorotheenschule, Wilhelmshagenstr. Straße. Ohne Legitimation kein Eintritt! Vündliches Geschehen der Delegierten normalerweise.
- 2. Jungsozialisten. Gruppe Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr bei Schell, Friedrichstr. 81, Berlin. — Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr im Konferenzsaal der Gemeindehalle, Straßmannstr. 4, Vortrag. Referent Kurt Wegener: „Das Hebel der Stunde“. Das Kulturprogramm. — Reinick. Fällt aus. Die Mitglieder beteiligen sich am Abend in Kreuzberg. — Köpenick. Juristische Sprechstunde. Lindenstr. 3. 7 1/2 Uhr Diskussionsabend: „Von unserer Arbeit“. — Tempelhof-Mariendorf. Spiel im Freien, Treffpunkt 7 1/2 Uhr Bahnhof Bahnhof Tempelhof. — Kreuzberg. Jugendklub, Lindenstr. 3. 7 1/2 Uhr Vortrag: „Kritik der Sozialistischen Bewegung“.

Morgen, Freitag, den 22. Juli:

- 10. Kreis Prenzlauer Berg. 8 Uhr Verhandlung in den Büroräumen, Bellingstr. 2, am Bahnhof Prenzlauer Berg.
- 11. Abt. Schöneberg. 8 Uhr Zusammenkunft sämtlicher Genossen des Bezirksauschusses am Volkshaus. Aufsuchen dringend notwendig, wichtige Besprechung! Jeder Bezirk entsendet zwei Genossen.
- 12. Abt. Weihensee. 8 Uhr im Kreisgenossenschafts, Viktoriastr., Ecke Röntgenstr. Sitzung des Bildungsausschusses mit wichtiger Tagesordnung.
- 13. Abt. Mariendorf. Sonntag, den 24. gemütliches Beisammensein im Sportrestaurant Viktoriastr., Viktoriastr. 21. Kinderbelustigungen und Tanz. Genossinnen werden gebeten, Kassen mitzubringen. Beginn 3 Uhr nachmittags.

war. Seine Pulse flogen. Und ein roter Schein legte sich ihm vor die Augen.

Nur mit Mühe brachte er die Worte heraus: „Und . . . Sie wollen — mich retten . . .?“

In ihrer Stimme zitterte ein verhaltener Triumph, und doch klang sie eher demütig als stolz und war nicht hart, vielmehr weich, von einer königlichen und sich doch anschmiegender Weichheit. Sie sagte: „Bestehen Sie zuvor, daß Sie es nötig haben, gerettet zu werden, — von mir gerettet zu werden, von mir!“

Da brach es mit einem Male aus ihm hervor. Er sprang auf, preßte die Hände gegen die Schläfen und suchte vergebens eines krampfhaften Würgens in seiner Kehle Herr zu werden.

Ein grelles Licht erhellte plötzlich seine Seele. Und eine Stimme rief ihm zu: „Ruh weißt du, wer du bist, nun hast du dich gefunden, — der du dich nie verloren hattest!“

Er stöhnte.

Gott, war all die Kraft des letzten Jahres nutzlos vertan, stand er nun wieder dort, wo er vor Jahren gestanden hatte, damals, als er sich voll Blindheit und Schwäche zu einer Tat entschlossen hatte, die auch nur ein Versuch geblieben war, — ein stümperhafter, lächerlicher, tragikomischer Versuch?

Er suchte im Finsternen ihre Hand und bebt, als er sie gefunden hatte, so heftig, daß sie Mitleid mit ihm fühlte, ein Mitleid, das so warm war, daß seine Wärme auf ihn überging. „Sie haben recht,“ flammelte er, „ich brauche jemanden, . . . aber ich brauche nur einen Menschen, . . . nur Sie!“

„Nur mich?“

„Nur Sie! Denn ich liebe Sie! Und ich weiß nicht, was von meinem Leben übrig bleibt, wenn Sie mich verschmähen . . .“

Ihre Worte streichelten ihn sanft. „Wollen Sie sich mir ganz und vorbehaltlos übergeben?“

„Vorbehaltlos und ganz, wenn — — — Nein, ohne jede Bedingung. Vorbehaltlos und ganz!“

„Und der Brief?“ fragte sie.

Er ließ ihre Hand fahren, wie ein Geschenk, von dem er einsah, daß er es nicht verdiente, und das er zurückgab. „Ich habe gelogen,“ gestand er ihr, gleichsam glücklich darüber, daß er ihr zeigen konnte, zu welchen Mitteln er in seiner Schwäche gegriffen hatte, „es gibt keinen Brief, den Sie fürchten müßten. Nein.“

„Sie sagen die Wahrheit?“

„Ich könnte Sie nicht belügen,“ flüsterte er, „ich könnte es nicht, — nie, nie mehr!“

Er lag vor ihr auf den Knien, und sie strich leise über sein Haar hin. „Sie armer Mann,“ sagte sie.

„Ja, ich bin arm,“ gestand er ihr, „in dieser Stunde ist mir das klar geworden, — in dieser einen Stunde!“

„Und der andere, . . . Ihr Freund, . . . Ihr Bruder im Gefängnis —?“

Er erschauerte. Zugleich aber ballte sich ein Gefühl der Verbissenheit und Wut in ihm zusammen, gegen jenen Mann im Gefängnis, der, wie er mit einem Male sah, gar keine Ursache hatte, sich zu empören, der in Wahrheit nur die Zinsen einer Dankbarkeit abtrug, die er einem Menschen schuldete, der ihm mehr geschenkt hatte, als er, der nun Büßende, hatte verlangen können.

„Ich sehe es jetzt anders,“ sagte er gepreßt, „ganz anders . . .“

„Wie sehen Sie es?“ fragte sie.

Er griff mit beiden Händen in die Luft, wie um eine Gestalt festzuhalten, die seiner Phantasie vorschwebte. „Sie sind es wert,“ rief er aus, „Sie sind des Opfers wert, das man um Sie bringt, — ja, jedes Opfers!“

Er suchte nach Worten, und sie wollten sich nur schwer finden lassen, er mußte um sie kämpfen. Seine Gedanken waren noch verworren, und er brauchte, um sie zu ordnen, Zeit.

Doch dann brachte er allmählich Ordnung in sie. Er wandte sich nach allen Seiten, prüfte sie und setzte sie zu jenem Bild zusammen, das er jetzt brauchte.

Das Bild zeigte sie, doch es hatte jetzt andere Farben und es stand in einer anderen Beleuchtung, helles Licht fiel darauf, während es früher in gewollte Dunkelheit eingehüllt gewesen war.

Vor diesem Bild kniete er nieder, um es anzubeten. Er war kein Sklave.

Und in der tiefen Finsternis, die um sie beide war, wurde es ihr jetzt auch leicht, ihm von der Zeit zu erzählen, da das Gräßliche jenes Herbstnachmittags geschehen war.

Es war kein Wort gewesen, nein, nicht einmal ein Totschlag, nur ein Zufall, — ein Zufall freilich, von dem sich dünne Fäden nach einem Willen hingogen, der schon vor der Tat dagewesen war, der vielleicht, ohne es selbst mehr als dumpf zu fühlen, den Zufall herbeigeführt hatte, — nicht durch Taten, nur durch Gedanken, die wiederum auch nur kaum halb ausgesprochen worden waren, — in jener Art, wie oft Schlimmes in uns reißt, ohne daß wir es merken, so daß wir, wenn wir seine Früchte sehen, überrascht und verzweifelt sind und auf das tödlichste erschrecken. (Fortf. folgt.)

Vor englischen Neuwahlen?

Eine Rede Henderons.

In der letzten Zeit ist die Frage, ob allgemeine Neuwahlen in England demnächst zu erwarten sind, wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt. Zweifellos macht die seit Monaten innerhalb der Regierungskoalition schleichende Krise wesentliche Fortschritte und in allen englischen Parteien beschäftigt man sich immer eifriger mit dem Problem einer allgemeinen Volksbefragung. Es scheint, daß Lloyd George selbst die Notwendigkeit einer baldigen Auflösung des Unterhauses eingesehen hat, allein dieser gewissenhafte Taktiker will sich den Zeitpunkt des Wahlsfeldzuges nach Möglichkeit selbst aussuchen und wartet auf denjenigen Augenblick, der ihm für die Wiedererlangung einer parlamentarischen Mehrheit am günstigsten erscheint. So könnte ein friedliches Kompromiß in der irischen Frage, das unter seinen Auspizien zustande käme, ihm die erwünschte „Platform“ bieten, die er für die Niederrückung der sozialistischen und linksliberalen Opposition dringend benötigt.

Die englische Arbeiterpartei, die in früheren Zeiten leider nicht über die nötige Organisationsfähigkeit verfügte, um sich bei allgemeinen Wahlen entsprechend ihrer tatsächlichen Stärke im Lande durchzusetzen, und die daher vor allem bei Ersatzwahlen, auf die sie ihre gesamte Kraft konzentrieren konnte, siegreich blieb, hat indessen seit Kriegsende in jeder Beziehung, also auch in organisatorischer Hinsicht beträchtliche Fortschritte gemacht und bereitet sich diesmal bei Zeiten auf die große Wahlschlacht vor. Sie hat unter anderem beschlossen, 28 große Kreiskonferenzen im ganzen Lande abzuhalten, und die erste von diesen fand am 16. Juli in Darlington vor 396 Delegierten Nordostenglands statt. Als Hauptredner trat der Führer der parlamentarischen Fraktion der Arbeiterpartei, Genosse Arthur Henderson, der bekanntlich auch der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale ist, auf. Er führte in seiner Rede u. a. aus:

Die Partei hofft, daß diese Konferenzen dazu beitragen werden, die Atmosphäre zu klären, manche Schwierigkeiten zu beseitigen und die Solidarität der Bewegung im ganzen Lande zu kräftigen. Sie müssen trochten die Wähler anzusprechen, jede Vorbereitung zu treffen, so daß, wenn die Wahlen kommen sollten wie ein Dieb in der Nacht, sie bereit sein müßten.

Es scheint, daß die Meinung an Boden gewinnt, daß, wenn die Koalition auch nicht jetzt schon zusammenbricht, sie doch nicht gerade als eine glückliche Familie angesehen werden kann. Diese Ansicht wurde endgültig durch den Rücktritt eines Ministers (Addison, Red.) bekräftigt, und wenn wir nach dem Grunde dieser Demission suchen, so war es die erbärmliche Haltung der Koalitionsregierung gegenüber dem Problem des Wohnungsbaues. Der Ministerpräsident hat kürzlich in einer Rede behauptet, in den einzelnen Ersatzwahlen Grund zur Zuversicht gefunden zu haben. Aber die Führer der Koalition haben pathetische Hilferufe an die Wähler erlassen. So hat Lloyd George an die Wählerschaft von Hegwood

eine SOS.-Botschaft

(bekanntlich der funktentelegraphische Notruf eines untergehenden Dampfers: SOS. = Save our Souls: Rettet unsere Seelen! Red.) erlassen, in der es hieß: „Der Parteihaber kann uns nicht helfen; der Klassenkampf wird uns ruinieren; laßt uns zusammenstehen und das Land über alles stellen.“ Das war ein äußerst pathetischer Appell, aber der Koalitionskandidat unterlag dennoch mit 5976 Stimmen. Auch in East Heris wurde der Koalitionskandidat mit 6776 Stimmen geschlagen. Ich vermag nicht einzusehen, wieso die Regierung sich durch diese zwei Wahlen ermutigt fühlt. Die Regierung ist bisher bei 15 Ersatzwahlen unterlegen, darunter ist

in 9 Fällen das Mandat der Arbeiterpartei

zugeworfen. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn man auch sagt, daß die Koalition rapide zusammenbricht, und daß allgemeine Neuwahlen bevorstehen.

Der Ministerpräsident ist im Jahre 1918 ans Ruder gelangt mit Hilfe eines Appells an die Leidenschaffen. Es wurde dem Lande erzählt, daß Deutschland zahlen müsse und daß ihr danach bessere Wohnungs- und soziale Verhältnisse haben würden.

Das war vor drei Jahren. Damals erhielt die Arbeiterpartei eine

unverhältnismäßig schwache Vertretung.

Man hatte gesagt, daß die Partei durch teufliche Pazifisten und Bolschewisten geführt würde. Gibt es heute überhaupt noch jemanden, der glaubt, daß Mac Donald, Snowden oder Smilie — die als solche genannt wurden — Bolschewisten waren?

Man tat dies, um

Sand in die Augen der Wähler

In einem Augenblick zu streuen, wo fast die ganze Zukunft der Welt auf der Waagschale stand. Und mit diesen Anschuldigungen gegen unsere Führer erreichte man sein Ziel.

Aber mit dieser Methode hat der Ministerpräsident tatsächlich Unmengen von Wählern erschreckt, und kürzlich von ihm gehaltene Reden legen die Vermutung nahe, daß er einen neuen Versuch vorbereitet, die Leichtgläubigkeit der Wähler dieses Landes auszunützen.

Darum ist er so begierig, seinen Erfolg zu wiederholen? Weil niemand besser weiß als Lloyd George, daß die nächsten allgemeinen Wahlen den organisierten Arbeitern dieses Landes

die größte politische Gelegenheit bieten müssen,

die sie jemals gehabt haben.

Allein die Zerefftheit in Ihren Reden

würde die Arbeiterklasse Englands daran hindern, einen politischen Sieg zu erringen. Der Ministerpräsident weiß, daß, wenn dagegen Gewerkschaftler, Sozialisten und Genossenschaftler vereint marschieren, die unheilvolle politische Verbindung der jetzigen

Koalition dauernd gebrochen und niedergeworfen

sein wird.

Der Ministerpräsident hat versucht, die Arbeiterpartei herabzusetzen und sie falsch darzustellen. Die Arbeiterpartei war sein größter Herzenswunsch, solange sie sich damit begnügte, als Holzhaue oder als Wasserträger ihm zu dienen. Und wenn sie sich weiter damit begnügt hätte, seine Zwecke zu fördern, niemals hätte man ein Wort gegen den Bolschewismus oder den Sozialismus gehört. Der wirkliche Zweck aller dieser Verleumdungen und Verzerrungen war, im trüben zu fischen. Die Koalition hat bei der Erfüllung ihrer Versprechungen jämmerlich versagt. Sie hat nicht einmal einen Bruchteil ihrer Wahlversprechen erfüllt. Sie hat gezeigt, daß sie nicht die geringste Fähigkeit zum Aufbau besitzt und daß sie jeglicher bestimmter zusammenhängender Grundzüge entbehrt.

Der Arbeiterschaft wurde gesagt, sie würde Gerechtigkeit und eine anständige Behandlung erfahren. Ich wäre neugierig, ob der Ministerpräsident sich ansieht, diese seine damalige Erklärung heute noch zu verteidigen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß seit 1918 das Land durch die jetzige Koalitionsregierung in der ärgsten Weise verletzt worden ist.

Nach Henderson sprach Sidney Webb, der u. a. die interessante Feststellung machte, daß die Stimmen des englischen Mittelstandes sich in zunehmendem Maße der Arbeiterpartei zuwenden.

Lloyd George und die Wahlen.

Auf einem Festessen der Koalitionsliberalen hielt Lloyd George eine Rede, in der er die Frage stellte, ob Neuwahlen nötig seien. Er sagte, die Regierung bestehe jetzt fünf Jahre. Dieses fünfte Jahr sei zweifelsohne ein kritisches Jahr. Man lebe in einer Zeit, in der sich eine gewisse Opposition gegen die Regierung bemerkbar mache. Aber von den 24 Ersatzwahlen des letzten Jahres seien immerhin 17 siegreich für die Regierungskoalition gewesen. Drei Jahre seien seit den Nachwahlen ins Land gegangen. Aber höre man irgendwo den Ruf nach Neuwahlen? (Rufe: „Nein!“) Nirgendwo bei den unabhängigen Liberalen halte man es für gut, die Wahlen von 1918 zu revidieren. Selbst die Oppositionellen seien im stillen froh, daß man die jetzige Regierung habe. (Händeklatschen und Lachen.) Am Ende des Tunnels könne er, Lloyd George, ein Licht sehen. In den letzten Wochen habe sich ein bemerkenswerter Wandel vollzogen. Der Geist der Versöhnung gewinne die Oberhand. Dieser Geist befehle die Industrie nach den furchtbaren Wirren der Lohnkämpfe, die Handel und Wandel bedrohten. Die neuen Abkommen bereiteten eine bessere Zukunft vor. Mit dem Führer der bei weitem größten Majorität Irlands stehe er in Unterhandlung, und wenn ihm auch Schweigen geboten sei, so könne er doch sagen, daß man auf beiden Seiten von ganzem Herzen den Frieden anstrebe. In Washington bereite man die große Konferenz vor, die eine friedliche Lösung der England, Amerika und Japan interessierenden Probleme zum Ziel habe. Das seien die Fragen, mit denen er beschäftigt sei und die ihn und seine Kollegen vollkommen in Anspruch nähmen. „Kann mir jemand sagen, warum mich die Liberalen angreifen sollten, weil ich mich diesen Fragen beschäftige? Was hat der Liberalismus da für einen Grund zu klagen?“ Pflicht eines jeden sei es, zu helfen und nicht zu hindern. Aber „muß ich diesen Appell nicht eher an andere als an die Liberalen richten?“ Er sei das Haupt der Regierung, er sei vor dem Unterhaus, vor der Nation und vor dem britischen Reich verantwortlich, und jeder, welcher Partei er auch immer angehöre, müsse dem Friedensfürsten helfen.

Mit dieser Rede leitete Lloyd George, seinerseits sehr gedrückt, den Wahlsfeldzug ein. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß es sich um eine Wahlrede handelt, die versucht, die Liberalen noch einmal einheitlich um sich zu scharen. Ob ihm dies gelingen wird, ist allerdings eine andere Frage. Denn die Opposition, von der er sagt, daß sie im Grunde ihrer Seele froh über das Kabinett Lloyd George sei, wünscht nichts so sehr als Neuwahlen, um mit der unliberalen und durchaus nicht immer sehr friedlichen Politik Lloyd Georges zu brechen. Bemerkenswert ist, daß Lloyd George diese Rede, die als rednerische Leistung überall den stärksten Eindruck machte, hielt, nachdem er mit de Valera stundenlang verhandelt, mit seinem Ministerium beraten und dem König Bericht erstattet hatte.

Reparationen der Verbündeten Deutschlands

Paris, 20. Juli (W.Z.). „Chicago Tribune“ schreibt: Internationale Juristen seien zu dem Schluss gelangt, daß die in London festgesetzte deutsche Reparationssumme von 132 Milliarden Mark die Gesamtschuldigung darstelle, welche die Alliierten von sämtlichen ehemals feindlichen Ländern, nicht aber von Deutschland allein zu beanpruchen hätten. Diese Auffassung, die seit von allen Juristen der Alliierten gefordert werde, gründe sich auf Artikel 231 des Versailler Vertrages. Die Entscheidung bedeute nicht, daß die Verbündeten Deutschlands nicht zur Reparation herangezogen würden, sondern daß die von ihnen bezahlten Beträge Deutschland zu ersetzen seien. Ueber die Heranziehung der kleinen Mächte zur Reparation sei noch nichts bestimmt, es könne sich aber nur um einen geringen Teil des Gesamtbetrages handeln.

Polnische Zusicherungen.

In der „Woff. St.“ veröffentlicht der ehemalige Beauftragte des Deutschen Vorkrats in Posen Dokumente aus der Zeit des Polenauflandes. Am 30. Juni 1919, in der Zeit der Hochspannung, als es jeden Augenblick zu blutigen Kämpfen zwischen Deutschen und Polen kommen konnte, erließ die polnische Rada eine Erklärung an die Mitbürger deutscher Nationalität, in der es heißt, die Deutschen hätten für die Zukunft nichts zu befürchten, ihnen werde der volle Schutz des Eigentums gewährt werden. Wer auswandere, könne Hab und Gut mitnehmen und die Vermögensverhältnisse vorher regeln. „Die Ansiedler dürfen im Rahmen des Friedensvertrages in ihrem Eigentum verbleiben, und, soweit sie infolge der Kriegsoperationen ihr Heim haben verlassen müssen, können sie nach Abschluß der Kampfhandlungen in ihre Grundstücke zurückkehren. Alle wohlerworbenen Rechte der Bürger, wie Rechte aus den Arbeiterverträgen und den Gesetzen über die Versorgung kriegsbeschädigter Soldaten sowie der Witwen und Waisen gefallener Krieger, Rechte aus Nachverträgen usw., werden hierdurch gewährleistet.“ Unter dieser Erklärung stand u. a. der Name Korfanty. Belegentlich einer Unterredung mit dem deutschen Vorkratsbeauftragten ließ Korfanty die Worte fallen: „Die Erhaltung der deutschen Intelligenz im Lande halte ich für unbedingt erforderlich, damit die früheren deutschen Gebiete mit ihrer höheren Kultur befruchtend auf das übrige Land wirken können.“ Weiter erklärte Korfanty ausdrücklich, daß es keinem Zweifel unterliege, daß die historischen Nachverträge zu den oben erwähnten erworbenen Rechten gehören. Als das Schicksal Polens und der angrenzenden Gebiete entschieden war, gab die polnische Regierung dieser Provinz bekanntlich Autonomie, indem sie ein eigenes Ministerium für die abgetretenen Gebiete einsetzte.

Aber die polnische Regierung hält nicht, was Korfanty versprochen hat. Den Domänenpächtern wurde kurzfristig gekündigt und es bedurte eines Dazwischentreitens der deutschen Regierung, um das Verfahren vorläufig einzustellen. Das war die erste Etappe auf dem Wege, der den Erbkämpfern aus dem Jahre 1919 zumiderläuft. Die zweite soll im Herbst dieses Jahres erreicht werden. Der kürzliche Rücktritt der polnischen Minister für die Provinz Posen, Kubarzki und Bachowick, erfolgte, wie nachträglich bekannt wird, auf den Beschluß des Warschauer Kabinetts, die besondere Finanzverwaltung der ehemals preussischen Gebiete vom 1. September aufzuheben und auch die anderen Verwaltungszweige in die polnische Zentralverwaltung einzugliedern. Das bedeutet das Ende der Posener Autonomie.

Korfanty hat inzwischen sein Tätigkeitsfeld von Posen nach Oberschlesien verlegt. Seine Methoden sind dieselben geblieben, wenn er auch die Masse des Deutschbeschädigten abgelegt hat. Auch hier folgte, nachdem die Volkserhebung zur Genüge geübt war, das berühmte Autonomieversprechen das vom polnischen Parlament feierlich bekräftigt wurde. Wieselicht ist die Frage nicht ganz unzeitgemäß, ob die polnischen Zusicherungen aus den Jahren 1920/21 mehr Wert haben als jene von 1919.

Hungerrevolten im Wolgagebiet?

Riga, 20. Juli (E.E.). Die teilsche Telegraphenagentur erhielt aus Moskau die Nachricht, daß entlang der Wolga Hungerrevolten unter den Bauern ausgebrochen sind. Gruppen von Zehntausenden von Bauern traten den zur Unterdrückung der Unruhen entsandten Sowjettruppen mit Maschinengewehren entgegen. Es kam zu erbitterten Kämpfen. Die Hitze in den Wolga-gebieten ist so groß, daß täglich Wald- und Wiesenbrände ausbrechen.

Auf eine Aufforderung der Sowjetregierung hat der alleussische Gewerkschaftsrat ein Drittel der Transportarbeiter „unter die Fahnen“ gerufen, um die Zufuhr der Lebensmittel in die vom Hunger bedrohten Gebiete zu beschleunigen. Zur Bekämpfung der Hungersnot wurde eine besondere Kommission eingesetzt, die alle Laborkommissionen aufgefördert hat, sofort zu berichten, wieviel von dem zugewiesenen Saatgut zur Vinderung der Hungersnot verwendet werden könnte.

30 000 Kemalisten will Griechenland bei der Eroberung von Kalamata gefangen haben. Die griechische Armee küßt auf den Eisenbahnpunkt Soliher vor. Englischen Sonderberichten zufolge, die nur auf Umwegen nach London gelangen können, da die griechische Heeresleitung die beiden Kabel, die nach Europa führen, für derartige Berichte sperrt, hat das griechische Heer auf seinem derzeitigen Rückgang nicht besser gehaust, als die Türken, denen man den Segen der Kultur bringen will.

Erweiterter Dienst der Hamburg-Amerika-Linie. Von September an wird die Hamburg-Amerika-Linie wieder mit eigenen Dampfern nach Südamerika vertreten sein. In diesem Monat wird der auf der West des Bremer Vulkan im Bau befindliche Dampfer „Babern“, ein 12 000-Tonnen-Schiff, und der auf der Hamburg Vulkanwerft im Bau befindliche frühere Schnellampfer „Deutschland“ unter dem Namen „Janis“ in die Route Hamburg-New York eingestellt und im November wird ein Schwester-Schiff der „Babern“, der ebenfalls auf der Bremer Vulkanwerft erstehende Dampfer „Württemberg“ folgen. Den bisher im Fracht- und Passagierdienst Hamburg-New York tätigen Dampfern der United American Line werden drei deutsche Dampfer zur Seite gestellt.

Wirtschaft

Bankdirektoren und Gewerkschaftsführer.

In der Generalversammlung der Discontogesellschaft, in welcher der Abschluß für das vergangene Geschäftsjahr und eine Kapitalerhöhung von 90 Millionen auf 400 Millionen Mark zu genehmigen waren, beschäftigte sich der frühere Rechtsanwalt und jetzige Direktor des Instituts, Herr Dr. Arthur Salomonsohn, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge auch ausgiebig mit der hohen Politik. Dem genannten Blatte zufolge äußerte sich der Herr Bankdirektor dahin, daß „Voraussetzung für eine Wiedergelendung sei, daß die Ministerien mehr als bisher sachmännlich geleitet und ihre Beamten sachgemäß vorgebildet werden, vor allem aber, daß unsere Wirtschaftsführung wieder mehr durch die Bedürfnisse der Praxis, als durch die Theorien mehr oder weniger geistreicher Professoren, Journalisten oder Gewerkschaftsführer bestimmt werde.“

Wenn sich Dr. Salomonsohn hier an den Professoren reibt, so sind natürlich nur solche Volkswirtschaftler darunter zu verstehen, die eine ihm und der von ihm geleiteten Bank nicht passende volkswirtschaftliche Richtung vertreten. Diese zählen vermutlich zu den „weniger geistreichen“ Vertretern ihres Faches. „Mehr geistreichen“ werden wohl solche Herren zugerechnet, die als ausgesprochene Manchesterleute den Tendenzen und Bestrebungen des in unseren Großbanken in Reinkultur vertretenen Riesenkapitals wissenschaftlich den Weg ebnen.

Was er gegen die Journalisten sagt, sei ihm von unserer Seite größtmäßig verziehen. Jeder Kenner ist sich im klaren darüber, daß die Bankdirektoren die Dienste der bürgerlichen Journalisten — auch der minder geistreichen — sehr wohl zu schätzen wissen, wenn es z. B. darauf ankommt, dem Publikum eine neue Emission schmackhaft zu machen. Und was nun endlich die vorhabenden Gewerkschaftsüberantritt, so wäre es ein Wunder, wenn gegen deren ministerielle Tätigkeit nicht auch der Herr Bankdirektor Dr. Salomonsohn einiges einzuwenden hätte. Demgegenüber steht aber seit des geschichtlichen Urteil über die Leistungen gewisser mit dem Ministerpostens ausstatteter Bankdirektoren. Man braucht nur den einen Namen „Hefferich“ zu nennen, um sich sofort darüber klar zu sein.

Im übrigen: Sollte das plötzliche politische Erwachen des Herrn Rechtsanwalts Dr. Salomonsohn etwa damit zusammenhängen, daß die Discontogesellschaft neuerdings mit Herrn Stinnes angenehme Beziehungen angeknüpft hat? Wir sind der Auffassung, daß Herr S. im politischen Porzellanladen noch nicht die dahin gehörige nötige Grazie besitzt.

Obst und Gemüse. In der letzten Sitzung der „Arbeitsgemeinschaft zur Prüfung der Preisverhältnisse auf dem Berliner Obst- und Gemüsemarkt“ wurde von einem Vertreter des Preisprüfungsorgans mitgeteilt, daß voraussichtlich zum 1. Oktober eine Neuregelung der Straßenspreizerordnung in Kraft treten werde, die speziell für gewisse Straßen in der Umgebung der Zentralmarkthalle ein generelles Straßenspreizerverbot vorsehen würde. Die Arbeitsgemeinschaft beschloß, das Preisprüfungsorgan zu ersuchen, von diesem Verbot jeglichen Handels vor der Markthalle die Gemüseproduzenten der Umgebung Berlins auszunehmen, da bei diesen ein sofortiger Weiterverkauf der leichtverderblichen Waren, der sich bis jetzt größtenteils schon auf der Straße vollziehe, im allgemeinen Volksinteresse wie auch zur Vermeidung unnötiger Verteuerung durchaus wünschenswert sei. Seitens der Vertreter der Straßenspreizer wurde diesem Antrag auf das entschiedenste widersprochen. — Zum Thema „Kraftverbilligung für Obst und Gemüse“ wurde mitgeteilt, daß die Eisenbahndirektion Berlin sich bereit erklärt habe, durch Einstellung besonderer Kurswagen von osten Anbaugebieten nach der Reichshauptstadt, besonders von Ostern her, für eine Beschleunigung der Transporte mit leicht verderblichem Gemüse Sorge zu tragen. Die bei der ständigen Tarifkommission des Reichsverkehrsministeriums unternommenen Schritte hätten die Herabsetzung der Frachtkurse für gewisse Gemüsearten zur Folge. Endlich wurde beschloffen, die Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft zur Prüfung der Preisverhältnisse auf dem Berliner Obst- und Gemüsemarkt“ in „Märkische Arbeitsgemeinschaft für Obst und Gemüse“ umzutauften.

Freie Einfuhr von Kondensmilch. Wie den W.Z. mitgeteilt wird, ist durch Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft die Einfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver mit Wirkung vom 15. September 1921 freigegeben. Der Zeitpunkt der Freilade ist auf den 15. September 1921 festgesetzt, weil zu dieser Zeit ein Zurückgehen der inländischen Milchmilcherzeugung zu erwarten ist. Bis zum 15. September bedarf die Einfuhr von Kondensmilch und von Milchpulver wie bisher der Genehmigung der Reichsstelle für Speisefette.

Gewerkschaftsbewegung

Die Metallarbeiter in Rußland.

„Zu Zwangsarbeit verurteilt.“

Die bevorstehenden Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter veranlaßt die Kommunisten, wiederum ein besonders hohes Lied von dem Vorteil ihres Kommunismus zu singen und die „gelben Gewerkschaftsbözen“ mit Kübeln voll kommunistischen Urinats aus dem Moskauer Geistesumpf zu überschütten. Der „Berrat“ der Amsterdamer ist schuld daran, daß es der deutschen Arbeiterschaft im allgemeinen und den Metallarbeitern im besonderen so schlecht geht. Wenn erst alle Arbeiter Kommunisten wären, wenn alle Bözenstühle von Kommunisten besetzt seien, dann, ja dann gingen wir so herrlichen Zeiten entgegen — wie sie in Rußland, dem gelobten Land des Kommunismus, herrschen.

Wie es z. B. in der Metallindustrie Rußlands — die wie andere Industrien militarisiert ist und uns besonders interessiert — aussieht, darüber gibt der Artikel eines kommunistischen Arbeiters in der 13. Ausgabe des „Metallist“ Auskunft. Er schreibt u. a.:

„Eine vollständige Unterordnung unter die Anweisungen des Direktors ist auf den Plowwerken in Kostama eingeführt worden; weder Einmischung noch Widerreden der Arbeiter sind erlaubt. Die vom Arbeitsausschuß erteilten Weisungen stimmen mit denjenigen der Oberleitung überein. Abwesenheit ohne Erlaubnis des Vorgesetzten bedeutet auf unserem Arbeitsplatz Vorenthaltung der Extrarationen. Weigerung, Überstunden zu machen, bedeutet gleichfalls Vorenthaltung der Extrarationen. Zu fortgesetzter Weigerung erfolgt Arrest. Für zu spätes Erscheinen bei der Arbeit wird eine Buße verhängt in der Höhe eines Zweiwöchengehaltes.“

Die Volksgewissen haben in den russischen Betrieben eine Verwaltungsreform eingeführt, die von Petrograder Arbeitern folgendermaßen kritisiert wird: „Es ist uns, als ob wir zur Zwangsarbeit verurteilt werden, wo alles, die Nahrung ausgenommen, vorwärtsmäßig vor sich gehen muß. Wir sind keine freien Männer mehr, wir sind Sklaven. Und in einem Leitartikel der Zeitung „Militärarmee“ vom August 1920 heißt es: „Zwischen den Soldaten und Arbeitern soll kein Unterschied bestehen. Dieselbe ernste Disziplin, dieselbe absolute Unterwerfung muß eingeführt werden.“

Selbstverständlich stoßen derartige brutale Maßnahmen, in denen auch nicht ein Funken von Freiheit und Mitbestimmungsrecht zu spüren ist, auf den schroffen Widerstand der Arbeiterschaft. Die Folge war, daß im Jahre 1920 eine Streikwelle über ganz Sowjetrußland stutete. Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Zentralkomitees des Arbeitersekretariats ist u. a. folgendes festgestellt worden: 1. Streiks brachen aus in 77 Proz. der großen und mittleren Betriebe, 2. in den nationalisierten Unternehmungen wird fortwährend gestreikt, und 90 Proz. der Streiks entfallen auf solche Fabriken und Betriebe. 3. In einigen Betrieben fanden nur 3—4 Streiks während des ganzen Zeitraumes statt. 4. Gestreikt wurde am häufigsten in Petrograd, am wenigsten in Kasan.

Alle diese Streiks sind durch die Sowjetregierung total unterdrückt worden. Streikende wurden verhaftet und erschossen, allen wurden die Nahrungsmittelrationen entzogen. So schreibt ein Arbeiter der Putilowwerke unter dem 8. Juni 1920: „Der Streik im April in den Putilowwerken ist beendet worden, indem eine

Anzahl Streikende verhaftet wurde. Wir sind im unklaren über das Schicksal von 12 Verhafteten. Die außerordentliche Kommission verweigert jede Auskunft. Soviel wissen wir, daß sie erschossen worden sind.“

„Im Bostursky-Gefängnis in Moskau befinden sich 152 Arbeiter der Bryanski-Werke in Haft. Sie wurden verhaftet, weil sie am 1. März an einem Streik teilgenommen hatten, sind aber noch nicht verhört worden“ (Revisions der Moskauer Gefängnisse durch die Bauern- und Arbeiterinspektion im Juni 1920).

Diese Schilderungen könnten, gestützt auf das reiche Tatsachenmaterial, satologarig fortgesetzt werden. Sie werfen ein großes Schlaglicht auf die Arbeitsverhältnisse in Rußland und auf die Methoden der Sowjetleute, die nichts anderes als eine sklavische Nachahmung derjenigen des zaristischen Reiches darstellen.

Wer für Unterdrückung des Mitbestimmungsrechtes und der Freiheit ist, wer die Diktatur über das Proletariat er-

Metallarbeiter und Arbeiterinnen!

Denk an den Märzpußch und den guten Rat, den Paul Levi seinen „Führern“ gab:

„Deutlichen Arbeitern nie mehr unter die Augen zu treten!“

Zu diesen „Führern“ der glorreichen Märzaktion gehören auch die Kandidaten der Liste B.

Arbeitet und werbt für die Liste A

fehnt, wie sie in Sowjetrußland von den Herrschern der 3. Internationale in Reinkultur durchgeführt ist, der möge ruhig die kommunistische Liste wählen, er hat die Krute reichlich verdient.

Alle Metallarbeiter aber, die die Festigung der Amsterdamer Internationale, Freiheit und Mitbestimmungsrecht, wirklich praktische und erfolgreiche Arbeit zum Segen des Proletariats wollen, die wählen am kommenden Sonntag und Montag

die Liste A.

Erwerbslose, seid gewarnt!

Es ist zu heute (Donnerstag) 4 Uhr eine Versammlung der Erwerbslosen nach Reußklln, Esser Straße, Schulhof, einzubekommen.

Mit der Einberufung dieser Versammlung hat die von der gewerkschaftlichen Organisation geschaffene Vertretung der Arbeitslosen nichts zu tun. Es wird aber von dieser Vertretung demnächst eine Versammlung einberufen, in der sie über ihre Tätigkeit berichten und auch über allgemeine Fragen der Erwerbslosigkeit sprechen wird.

Erwerbslose Gewerkschaftsmitglieder, laßt Euch nicht von unverantwortlichen Elementen provozieren!

Kleine Streiknotizen.

Der Landarbeiterstreik auf Rügen hat nach einer Meldung der „Dena“ seine Ursache in Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den Parteien wegen der Bezahlung für Streiktage entstanden sind. Die Landräte haben vermittelnd eingegriffen und sind bestrebt, ein weiteres Umschlagen der Streikbewegung zu vermeiden. Sollte nicht in den nächsten Tagen eine Einigung erzielt werden, so dürfte mit dem Einschlag der „Technischen Ratshilfe“ zu rechnen sein.

Die Bauarbeiterbewegung in Münster hat mit einem Schiedspruch, der am 19. Juli vom Lohnrat gefällt wurde, sein Ende erreicht. Die Stundenlöhne für Facharbeiter wurden von 6,95 M. auf 7,80 M. und für Hilfsarbeiter von 6,85 M. auf 7,50 M. erhöht.

Die Interalliierte Binnenschiffahrtskommission in Köln hat sich von den Vertretern des Arbeitgeberverbandes für die Rheinschiffahrt über die Aussichten des Streiks Aufschluß geben lassen und ihre Neutralität in diesem Kampfe erklärt. Noch in dieser Woche sollen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und den Streikenden stattfinden und man nimmt an, daß durch ein Entgegenkommen der Arbeitgeber eine Einigung erzielt werden wird.

Aus Esch-Lothringen und dem Saarrevier.

Seit mehreren Wochen streiken im Oberesäß ca. 20000 Textilarbeiter, die mit dem Lohnabbau nicht einverstanden sind. Für die Unternehmer liegt andererseits keine Veranlassung vor, den Forderungen der Arbeiter nachzukommen. Die gegenwärtige Geschäftslage ist ihnen außerordentlich günstig. Die hochgradige Erregung der Arbeiterschaft kam, wie die „Dena“ aus Müllhausen meldet, am Nationalfeiertag der Franzosen zu demonstrativem Ausdruck. Nachdem in allen Stadtteilen große sozialistische Versammlungen stattgefunden hatten, marschierten die Arbeiter — darunter viele Frauen und Kinder — in riesigem Zuge durch das Innere der Stadt. Etwa 150 rote Fahnen und Plakate mit den Aufschriften „Nieder mit dem Militarismus“, „Es lebe die Internationale“, „Kampf bis zum Tod“, „Nieder mit den Unterdrückungsgesetzen“, „Gebt unseren Kindern Brot und Kleider“ usw., wurden im Zuge mitgetragen. Eine nach Tausenden zählende Zuschauermenge bildete Spalier.

Aus Straßburg läßt sich Dena melden: Da die Arbeiterschaft sich mit einer 20proz. Lohnreduktion nicht zufrieden gab, verkündigte die Großenhader Maschinenfabrik die Aussperrung, und ein kleiner Zwischenfall lieferte den Anlaß für die militärische Besetzung der Fabrikanlagen.

Nach derselben Quelle hielten die saarländischen Metallarbeiter wegen der Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen Abstimmungen ab, die eine überwältigende Mehrheit für den Streik ergaben. Fast sämtliche Betriebe sind ausständig. Die Gesamtschlichtung der saarländischen Keramikwerke Villeroy u. Boch befinden sich gleichfalls im Streik. Die Generaldirektion verweigert die Anerkennung des vom Schlichtungsausschuß abgegebenen Schiedspruchs über die Lohnauszahlung.

Deutscher Hutarbeiter-Verband. Die weitverzweigte Fußbranche stellt sich heute leider nur einen geringen Prozentsatz der Organisierten. Die Lohnverhältnisse in dieser Branche sind keineswegs rosig. Es gibt Schuhmacherinnen, die unter den Tariflöhnen arbeiten, obwohl die abgeschlossenen Tarife rechtsverbindlich erklärt sind. Es liegt im Interesse der Branche, daß alle die, welche der Organisation noch fernstehen, derselben zugeführt werden. Nur so ist es möglich, Abhilfe zu schaffen. Wir wenden uns deshalb mit der Bitte an die Berliner Arbeiterschaft, alle Schuhmacherinnen auf unsere Organisation, Bureau Engelauer 18, Gewerkschaftshaus, Aufgang B, 2. Stod, Zimmer 87, zu verweisen. Desgleichen auf die am Freitag im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 98, stattfindenden Versammlungen für Großbetriebe 6 Uhr und für Detailbetriebe um 8 Uhr.

SPD-Metallarbeiter! Freitag 6 Uhr Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11, Konferenz sämtlicher Funktionäre. Es gilt die letzten Vorbereitungen für die Wahl am Sonntag zu treffen. Ausgab von Material usw. Alle Kollegen müssen erscheinen. Der Fraktionsvorstand.

Pensantenverband der Angestellten, Fuß-angew., Mitgliederversammlung Freitag 8 Uhr Dresdener Kasino, Dresdener Straße 98. — Papier, Funktionärenversammlung 148 Wilhelmshof, Anhaltstr. 11/12.

Deutscher Hutarbeiterverband, Musikinstrumentenarbeiter und Tischler, Mitglieder der Ortskommission der Tischler und Pianofortmacher! Montag 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichsberger Hof, Reichsberger Straße 147. Tagesordnung: Die bevorstehenden Wahlen des Ausschusses der Krankenkasse.

Zentralverband der Maschinisten und Feiler, Sonntag 9 Uhr bei Schulz, Am Königgraben 2, Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinisten und Feiler.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Bornhördt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhördt-Verlag u. Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin. Lindendr. 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Jelmwell“.

HERMANN TIETZ

Sowell Vorrat

Leipziger Strasse — Alexanderplatz

Sowell Vorrat

- Neue Kartoffeln grosse Pfund 58 P.
- Weisskohl Pfund 45 P.
- Mohrrüben Pfund 75 P.
- Limburger Käse Pfund 9⁵⁰
- Harzer-Käse Pfund 6⁵⁰
- Bratfett Pfund 9²⁵
- Margarine Pfund 7⁵⁰

Frisches Fleisch

- Rinderquerrippe Pfund 9⁵⁰
- Schmorfleisch ohne Knochen..... Pfund 12⁰⁰
- Schabefleisch Pfund 12⁰⁰
- Gehacktes Rindfleisch..... Pfund 10⁰⁰
- Hammelfleisch Pfund 11⁰⁰
- Kalbskamm Pfund 8⁵⁰
- Kalbskeule Pfund 10⁰⁰

- Große Bauernmettwurst Pfund 16⁵⁰
- Landleberwurst Pfund 11⁰⁰
- Rotwurst Thüringer Art..... Pfund 11⁰⁰
- Sülzwurst Pfund 10⁵⁰
- Rindfleisch im eigenen Saft..... Dose 4⁷⁵
- Corned beef ausgewogen..... Pfund 7²⁰
- Marmelade ca. 40% Zucker..... Pfund 1⁴⁰

Kabliau 1⁵⁰ Goldbars 1¹⁰
I. Ganzen o. Kopf, Pfd. ohne Kopf..... Pfund

Gefr. Kaninchen 3⁹⁰
ohne Kopf und Füße..... Pfund

1919er Bowlen- Wein 1/2 Fl. 10 ⁰⁰ 10 Fl. 95 ⁰⁰	1919er Oberhaardter Weisswein 1/2 Fl. 12 ⁵⁰ 10 Fl. 126 ⁰⁰	1917/18er Ingelheimer Rotwein 1/2 Fl. 12 ⁵⁰ 10 Fl. 126 ⁰⁰	1918er Mussbacher Büschelweg 1/2 Fl. 16 ⁵⁰ 10 Fl. 159 ⁰⁰	1915er 1917er und 1918er Original-Gewächse bedeutend im Preise ermäßigt! 1/2 Haide 25 ⁰⁰ 10 Flaschen 225 ⁰⁰	Alter Tarragona Dessertwein 1/2 Fl. 18 ⁵⁰ 10 Fl. 106 ⁰⁰	1917er Burgunder Beaujolais 1/2 Fl. 10 ⁵⁰ 10 Fl. 20 ⁰⁰	Weinbrand- Verschnitt 1/2 Fl. 18 ⁰⁰ 10 Fl. 36 ⁰⁰	Deutscher Weinbrand 1/2 Fl. 50 ⁰⁰ 10 Fl. 145 ⁰⁰
---	--	--	---	--	--	---	--	---



Münzstr. 24
Erste Etage

BERLOWITZ

Münzstr. 24
Erste Etage

Saison-Ausverkauf

Preisermäßigung und Garantie für angemessene Haltbarkeit
Laokartikel sind von der Garantie ausgeschlossen